

Antrag

der Abg. Thomas Blenke u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Innenministeriums

Kriminalitätsbelastung entlang Bundesautobahnen in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sich die Zunahme der Wohnungseinbrüche in den Gemeinden entlang der Bundesautobahnen in Baden-Württemberg in den letzten zehn Jahren entwickelt hat;
2. welche sonstigen Deliktsformen in den Gemeinden entlang von Bundesautobahnen in den letzten fünf Jahren jeweils zugenommen haben;
3. welches die am häufigsten verübten Delikte auf Parkplätzen entlang von Bundesautobahnen sind;
4. aufgrund welcher Umstände die Häufigkeit der Eigentumsdelikte durch die Nähe zur Bundesgrenze beeinflusst wird;
5. inwieweit die Bundesautobahnen in Baden-Württemberg in den letzten Jahren als Schleuser-Routen auffällig wurden;
6. welche Erkenntnisse ihr über die jeweiligen Tätergruppen, auch im Hinblick auf organisierte Kriminalität, vorliegen;
7. was sie unternimmt, um künftig der Begehung der oben genannten Delikte stärker entgegenzuwirken;
8. was sie unternimmt, dass künftig mehr der oben genannten Delikte aufgeklärt werden können;

9. was die Autobahnpolizei und deren ziviler Fahndungsdienst unternimmt, um die oben genannten Delikte aufzuklären bzw. zu verhindern;
10. wie sich die personelle Besetzung der Fahndungsdienste in den letzten zehn Jahren entwickelt hat.

25.04.2013

Blenke, Locherer, Epple, Hillebrand, Hollenbach,
Klein, Pröfrock, Schneider, Throm CDU

Begründung

In ihrer Beantwortung der Kleinen Anfrage der Abg. Paul Locherer und Peter Schneider CDU – Drucksache 15/3102 hat die Landesregierung viele Fragen offen gelassen und neue Fragen aufgeworfen. Die Antragsteller erwarten von der Landesregierung, dass diese die berechnete Angst der Bürgerinnen und Bürger entlang der Bundesautobahnen ernst nimmt und dem Phänomen der erhöhten Kriminalitätsbelastung entschlossen entgegentritt.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 21. Mai 2013 Nr. 3-1220.3/300 nimmt das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. wie sich die Zunahme der Wohnungseinbrüche in den Gemeinden entlang der Bundesautobahnen in Baden-Württemberg in den letzten zehn Jahren entwickelt hat;*

Zu 1.:

Eine Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) auf Basis der angefragten Parameter führt im Zehnjahresvergleich zu dem nachfolgend dargestellten Ergebnis. Bei der Analyse/Bewertung der Daten ist zu berücksichtigen, dass in die Kategorie „Gemeinden entlang der Bundesautobahnen in Baden-Württemberg“ 229 Städte und Gemeinden mit einem Anteil von 45,1 % der Gesamtwohnbevölkerung fallen.

Jahr	2003 ¹	2004	2005	2006	2007
Wohnungseinbruchsdiebstähle	4.956	4.956	4.186	3.854	4.047

Jahr	2008	2009	2010	2011	2012
Wohnungseinbruchsdiebstähle	4.028	4.657	4.726	4.657	4.926

¹ Aufgrund einer Systemumstellung wurde für die Jahre 2003 und 2004 jeweils der Mittelwert gebildet.

Die gemeindgenaue Auswertung der Fallzahlen im Jahr 2012 ergibt eine Häufung der Wohnungseinbruchsdiebstähle entlang der Bundesautobahn (BAB) 5 in den grenznahen Bereichen. Eine weitere Häufung der Wohnungseinbruchsdiebstähle gibt es entlang der BAB 8 zwischen Karlsruhe und Ulm, mit einem Schwerpunkt in der Region Stuttgart. Die Tatgelegenheitsstrukturen, insbesondere in Ballungszentren, lassen sich jedoch nicht ausschließlich auf die Nähe zu Bundesautobahnen zurückführen. Es handelt sich hierbei vielmehr um einen zusätzlich begünstigenden Faktor.

2. welche sonstigen Deliktsformen in den Gemeinden entlang von Bundesautobahnen in den letzten fünf Jahren jeweils zugenommen haben;

Zu 2.:

Die Gesamtzahl der Straftaten entlang von Bundesautobahnen ist im Fünfjahresvergleich um 0,5 % auf 338.807 (-1.586) Fälle gesunken. Die Diebstahlskriminalität ist im Fünfjahresvergleich leicht um 0,2 % (-204 auf 124.577 Fälle) zurückgegangen.

Delikt	2008	2009	2010	2011	2012	Diff. 5 Jahre	in Prozent
Straftaten gesamt	340.393	330.885	331.253	339.504	338.807	-1.586	-0,5
Diebstahl insgesamt	124.781	121.107	119.354	123.205	124.577	-204	-0,2
– von Kraftwagen/unbefugte Ingebrauchnahme	910	870	697	971	971	61	6,7
– von/aus Automaten	1.107	1.251	1.221	1.284	1.335	228	20,6
– in/aus Dienst-/Büroräume	6.878	6.643	6.954	7.472	8.478	1.600	23,3
– in/aus Gaststätte/Hotel	4.367	4.403	4.677	5.104	5.322	955	21,9
– in/aus Wohnungen	6.425	6.886	6.937	7.022	7.450	1.025	16,0
– in/aus Rohbauten/Baustellen	1.281	984	1.160	1.429	1.416	135	10,5
– Wohnungseinbruchsdiebstahl	4.028	4.657	4.726	4.657	4.926	898	22,3
davon: Tageswohnungseinbruch	1.411	2.008	1.879	1.810	1.862	451	32,0

Weiterhin sind Anstiege bei einzelnen Rohheitsdelikten zu verzeichnen. Erkenntnisse, dass die Nähe zu Bundesautobahnen bei Raub- und Körperverletzungsdelikten eine maßgebliche Rolle spielt, liegen aber nicht vor.

Delikt	2008	2009	2010	2011	2012	Diff. 5 Jahre	in Prozent
Rohheit/persönliche Freiheit	40.810	40.275	41.931	43.393	43.285	2.475	6,1
– Raub/räuberische Erpressung/räuberischer Angriff auf Kraftfahrer	2.069	2.088	2.140	2.353	2.426	357	17,3
– sonstiger Raubüberfall auf Straßen, Wegen und Plätzen	840	812	796	1.003	1.013	173	20,6
– (vorsätzliche leichte) Körperverletzung	20.119	20.114	21.246	22.232	22.774	2.655	13,2

3. welches die am häufigsten verübten Delikte auf Parkplätzen entlang von Bundesautobahnen sind;

Zu 3.:

Auf der Grundlage einer im Sinne der Fragestellung interpretierten Auswertung wurde die polizeilich erfasste Kriminalität im Bereich von Parkplätzen, Tank- und Rastanlagen sowie Autohöfen entlang von Bundesautobahnen erhoben.

Delikt	2008	2009	2010	2011	2012	Diff. 5 Jahre	in Prozent
Straftaten gesamt	3.780	3.365	3.548	3.921	3.774	-6	-0,2
– Betrug	1.355	1.276	1.359	1.577	1.665	310	22,9
– Warenkreditbetrug – Tankbetrug	1.320	1.225	1.302	1.540	1.561	241	18,3
– Rauschgiftdelikte nach Betäubungsmittelgesetz	1.069	960	1.064	1.166	971	-98	-9,2
– Diebstahl insgesamt	389	295	323	440	502	113	29
– an/aus Kraftfahrzeugen	207	149	151	276	308	101	48,8
– Aufenthaltsgesetz/Asylverfahrensgesetz	307	251	199	173	174	-133	-43,3

4. aufgrund welcher Umstände die Häufigkeit der Eigentumsdelikte durch die Nähe zur Bundesgrenze beeinflusst wird;

Zu 4.:

Erfahrungsgemäß nutzen insbesondere grenzübergreifend agierende oder reisende Tätergruppen bewusst günstige Tatgelegenheitsstrukturen in Grenznähe aus. Signifikant ist, dass alle von höheren Fallzahlen betroffene Stadt- und Landkreise über Bundesfernstraßen sowie öffentliche Verkehrsmittel zu erreichen sind, die einen schnellen Grenzübertritt ermöglichen. Die Ermittlungen werden durch schwerer feststellbare Zusammenhänge bei grenzübergreifenden Tatserien, eingeschränkte Fahndungsmöglichkeiten, unterschiedliche nationale Rechtssysteme und erhöhte Aufwände bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und internationalen Rechtshilfe erschwert.

5. inwieweit die Bundesautobahnen in Baden-Württemberg in den letzten Jahren als Schleuser-Routen auffällig wurden;

Zu 5.:

Erfahrungsgemäß sehen viele Schleusungswillige Deutschland eher als Transitland an und haben Länder wie Skandinavien oder Großbritannien als Ziel. Dies bedeutet aus Sicht der Schleuser, dass große Entfernungen in möglichst kurzer Zeit zurückgelegt werden müssen, wofür sich die Bundesautobahnen – nicht nur in Baden-Württemberg – eignen. Vor diesem Hintergrund wird das gut ausgebaute grenzüberschreitende Netz der Bundesautobahnen von Schleuserorganisationen in unterschiedlicher Ausprägung genutzt.

Im Jahr 2012 wurden von den Fahndungsdiensten der Autobahnpolizeireviere 342 (Vorjahr: 254) sich illegal aufhaltende bzw. geschleuste Personen aus 47 Nationen festgestellt. Schwerpunktmäßig handelte es sich um Personen mit den Staatsangehörigkeiten der Länder Serbien, Türkei, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Marokko.

6. welche Erkenntnisse ihr über die jeweiligen Tätergruppen, auch im Hinblick auf organisierte Kriminalität, vorliegen;

Zu 6.:

Bei einer landesweiten Aufklärungsquote von 12,7% aller im Jahr 2012 erfassten Fälle des Wohnungseinbruchdiebstahls können nur bedingt valide Aussagen zu Tätern bzw. Tätergruppierungen getroffen werden. Bei den von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen handelt es sich überwiegend um nicht ortsansässige Täter, teilweise Banden aus dem europäischen Ausland, die sich nur wenige Stunden oder Tage in Tatortnähe aufhalten.

Der Aufbau und die Struktur krimineller Gruppierungen im Bereich der Schleusungskriminalität reichen von Anwerbern im Ausgangsland über Fahrer und Transporteure im Durchgangsland bis zu Personen, welche die Ausbeutung der Geschleusten im Zielland betreiben. Dabei ist keine zentral gesteuerte feste Struktur zu beobachten. Vielmehr handelt es sich in der Hauptsache um kriminelle Gruppierungen, die je nach Bedarf temporär und arbeitsteilig zusammenarbeiten.

7. was sie unternimmt, um künftig der Begehung der oben genannten Delikte stärker entgegenzuwirken;
8. was sie unternimmt, dass künftig mehr der oben genannten Delikte aufgeklärt werden können;

Zu 7. und 8.:

Die genannten Delikte werden durch die Zentrale Integrierte Auswertung (ZIA) der Polizeidirektionen bzw. Polizeipräsidien, der Landespolizeidirektionen und des Landeskriminalamts ständig ausgewertet. Ziel ist es, auf Schwerpunkte möglichst zeitnah reagieren und Ermittlungsverfahren initiieren zu können. Im Bereich der besonders betroffenen Grenzregion findet ein tagesaktueller grenzüberschreitender Informationsaustausch statt.

Zahlreiche Dienststellen haben lagebildbezogene Konzeptionen zur Bekämpfung von Schwerpunkten der Eigentumskriminalität erarbeitet, die u. a. zielgerichtete Fahndungsmaßnahmen, Unterstützung durch die Bereitschaftspolizei, Einrichtung von Kontrollstellen und die Durchführung gezielter Präventionsmaßnahmen beinhalten. Im Einzelfall richten die Dienststellen längerfristige oder temporäre Ermittlungsgruppen zur Bekämpfung der Eigentumskriminalität ein. Das Landeskriminalamt erstellt derzeit eine landesweite Ermittlungskonzeption sowie eine ergänzende Handlungsempfehlung zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchs. Darüber hinaus unterstützt das Landeskriminalamt die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität mit der 2007 eingerichteten Einheit „Zentrale Ermittlungen Grenzüberschreitende Kriminalität (ZEGK)“ mit Sitz in Kehl. Ferner sind durch die Beteiligung des Polizeipräsidiums Stuttgart an der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zum Wohnungseinbruchsdiebstahl weitere Erkenntnisse für die polizeiliche Arbeit zu erwarten.

Im Zuge der Umsetzung der Polizeireform wird bei den künftigen Kriminalpolizeidirektionen der regionalen Polizeipräsidien flächendeckend im Land unter anderem eine zentrale Kriminaltechnik aufgebaut. Durch die damit verbundene weitere qualitative Verbesserung der Spurensicherung sollen besonders Tat- bzw. Täterzusammenhänge besser erkannt werden. Weiterhin wurde die geografische Struktur der Fahndungsdienste Bundesautobahn in diesem Zusammenhang überprüft. Im Ergebnis bleiben bei den künftigen Polizeipräsidien Mannheim, Heilbronn, Ludwigsburg und Freiburg die Fahndungsdienste in der bisherigen Form erhalten. Beim künftigen Polizeipräsidium Ulm wird ein neuer Fahndungsdienst aufgebaut. Das künftige Polizeipräsidium Konstanz optimiert seinen Fahndungsdienst auf zukünftig zwei Standorte. Damit wird gewährleistet, dass an allen kriminalgeografisch bedeutenden Autobahnknotenpunkten Fahndungsdienste vorgehalten werden.

Bei Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen werden die Bundespolizei und der Zoll eingebunden. Derzeit werden in einem Pilotbetrieb gemeinsame Streifen von Landespolizei, Bundespolizei und Zoll bei mehreren Pilotdienststellen im Rahmen der Sicherheitskooperation Baden-Württemberg durchgeführt.

Aufgrund der in den letzten Jahren gestiegenen Fallzahlen hat Baden-Württemberg die bundesweite Kampagne „KEinbruch“ mit einer Auftaktveranstaltung am 26. Oktober 2012 in Stuttgart unter dem Motto „Eine Stunde mehr für mehr Sicherheit“ umgesetzt. So soll auch der bundesweit eingeführte „Tag des Einbruchschutzes“, der jeweils auf den Tag der Winterzeitumstellung fällt, in Baden-Württemberg zu einer festen Größe im jährlichen Veranstaltungskalender werden. Die Kampagne wird von zahlreichen Präventionsaktivitäten der Dienststellen zum Thema Einbruchschutz begleitet. Im Jahr 2012 wurden für den Kriminalitätsbereich Diebstahl an/aus Kraftfahrzeugen die Präventionsmaßnahmen verstärkt. Das Landeskriminalamt unterstützte mit 2.500 optisch überarbeiteten Parkplatzschildern „Stopp dem Diebstahl!“ die örtlichen Dienststellen bei Schwerpunktaktionen zum Thema „Diebstahl aus Kfz“.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat mit den Empfehlungen für Rastanlagen an Straßen (ERS-R2) vom 2. März 2011 die Möglichkeit geschaffen, die bisher nur im Bereich der WC-Anlagen, im tatsächlichen Parkbereich ansonsten unbeleuchteten Parkplätze mit WC (PWC) im Zuge eines Aus-, Um- oder Neubaus vollständig zu beleuchten. Mehrere PWC-Anlagen wur-

den entlang der Bundesautobahnen in Baden-Württemberg bereits entsprechend aus-, um- oder neugebaut, was zu einer Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung auf Parkplätzen entlang der Bundesautobahn beiträgt.

9. was die Autobahnpolizei und deren ziviler Fahndungsdienst unternimmt, um die oben genannten Delikte aufzuklären bzw. zu verhindern;

Zu 9.:

Die Fahndungsdienste Bundesautobahn sind in die lagebildbezogenen Konzeptionen der Dienststellen zur Bekämpfung der genannten Kriminalitätsphänomene eingebunden.

Als konkrete Maßnahmen kommen insbesondere

- die Durchführung von zielgerichteten Fahndungsmaßnahmen,
- gemeinsame Streifen mit der Bundespolizei und dem Zoll im Rahmen der Sicherheitskooperation Baden-Württemberg,
- zeitversetzte Dienstzeiten zur Abdeckung tatzzeitrelevanter Zeiträume,
- temporäre personelle Unterstützung durch Kräfte der Bereitschaftspolizei,
- kurzfristige Observation verdächtiger Personen/Fahrzeuge und
- die generelle Erhöhung der Streifen- und Kontrolltätigkeit

in Betracht.

10. wie sich die personelle Besetzung der Fahndungsdienste in den letzten zehn Jahren entwickelt hat.

Zu 10.:

Für die Fahndungsdienste auf den Bundesautobahnen in Baden-Württemberg sind seit der Umsetzung der Verwaltungsstrukturreform im Jahr 2005 insgesamt 63 (aktuell 62) Haushaltsstellen des Polizeivollzugsdienstes ausgewiesen. Im Rahmen der Polizeistrukturreform ist ab dem Jahr 2014 eine Erhöhung auf 67 Stellen vorgesehen.

Gall

Innenminister